

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn

(A) Tagesordnungspunkt 24 i:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 230 zu Petitionen

Drucksache 18/6080

Wer stimmt für diese Sammelübersicht? – Alle. Stimmt jemand dagegen? – Nein. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese Sammelübersicht einstimmig angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 24 j:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 231 zu Petitionen

Drucksache 18/6081

Wer stimmt dafür? – Die Koalition und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion Die Linke. Enthaltungen gibt es keine. Damit ist diese Sammelübersicht mit den Stimmen der Koalition und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Tagesordnungspunkt 24 k:

Beratung der Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (2. Ausschuss)

Sammelübersicht 232 zu Petitionen

Drucksache 18/6082

(B) Wer stimmt dafür? – Die Koalition. Gibt es jemanden, der dagegen stimmt? – Die Opposition. Gibt es jemanden, der sich enthält? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Sammelübersicht 232 mit den Stimmen der Koalition angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschen-smuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer

Drucksachen 18/6013, 18/6189

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

Drucksache 18/6213

Hierzu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Über die Beschlussempfehlungen werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Dazu gibt es keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin in dieser Debatte hat die Kollegin Gabi Weber von der SPD-Fraktion das Wort. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gabi Weber (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Mittelmeer ist ein Grab geworden. Das Bild des ertrunkenen Flüchtlingsjungen Aylan hat viele Menschen aufgerüttelt. Aber warum erst jetzt? Lampedusa ist doch schon längst eine bittere Mahnung. Die UNO verzeichnete für 2014 rund 3 500 im Mittelmeer ertrunkene Menschen; dieses Jahr sollen es bereits 2 000 sein. Die Menschen begeben sich in die Hände von kriminellen Schleppern, die sie auf seeuntüchtigen Booten auf den Weg nach Europa schicken.

Es sind die Schrecken des syrischen Bürgerkrieges, der Terror des selbsternannten IS-Kalifats, zerfallende Staaten und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, die sie verzweifeln lassen und zum Aufbruch bewegen. Die Not der Menschen ist so groß, dass sie die lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer antreten.

Wenn wir heute dem Bundeswehreininsatz im Rahmen der Operation EUNAVFOR MED zustimmen, dann genehmigen wir eine Operation, die das Geschäft der Schleuser massiv behindern soll, diese in Italien vor Gericht stellen lässt und aufgefundene Flüchtlinge sicher nach Italien geleitet. Ja, diese Operation setzt bei den Symptomen an, aber auch das ist neben der Ursachenbekämpfung notwendig. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte an dieser Stelle – und hier spreche ich sicher für alle in diesem Hause – den beteiligten Soldatinnen und Soldaten Dank und Anerkennung aussprechen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Rettung von Menschenleben.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Für die Rettung Schiffbrüchiger oder in Seenot geratener Flüchtlinge gab es die effektive italienische Operation Mare Nostrum. Solch eine Mission muss durch die EU neu aufgelegt werden; der kleinere Einsatz Triton reicht nicht.

(Christoph Strässer [SPD]: Richtig!)

Gegen die Schleuser selbst vorzugehen, war bisher allerdings zu wenig im Fokus. Das ändern wir mit dem jetzt vorgesehenen Mandat.

Flankierend müssen wir aber auch gegenüber Italien europäische Solidarität leisten. Dieses Land schultert einen Großteil der Flüchtlingswelle über das Mittelmeer. Unsere Partner Italien und Griechenland können

Gabi Weber

- (A) das nicht alleine leisten. Es braucht mehr Union an dieser Stelle, und zwar Europäische Union.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesen Tagen wird von der Entwicklungspolitik verlangt, sie möge schnelle Lösungen der Flüchtlingsfrage präsentieren. Ich sage es ganz deutlich: Diese Erwartung kann sie nicht erfüllen. Fluchtursachen lassen sich nicht von heute auf morgen bekämpfen. Dazu braucht es einen langen Atem und einen großen Werkzeugkasten. Zu diesem Werkzeugkasten gehört zweifelsohne ein umfassendes Zuwanderungsgesetz, das Flüchtlingen legale Möglichkeiten für einen Neustart in Deutschland bietet. Liebe Kollegen von der Union, reichen Sie uns dazu die Hand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir beschließen heute einen weiteren Einsatz im Mittelmeer und leisten bereits humanitäre Hilfe. Aber was ist weiter zu tun? Erstens muss eine langfristige Entwicklungspolitik betrieben werden. Soeben wurden von der UNO in New York 17 Entwicklungsziele verabschiedet, die alle Staaten binden, auch uns. Sie verpflichten uns, unsere Wirtschafts-, Handels- und Klimapolitik so zu ändern, dass sie Menschen in anderen Ländern nicht die Lebensgrundlage rauben.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Die EU-Wirtschaftsabkommen müssen wir daraufhin kritisch überprüfen. Unsere Entwicklungspolitik muss so ausgerichtet sein, dass sie Armut wirklich und nachweisbar bekämpft, Einkommen und Arbeit für die lokale Bevölkerung schafft und insgesamt die lokale Teilhabe aller ermöglicht.

Wir brauchen zweitens die Schaffung von Sicherheit in fragilen oder zerfallenden Staaten. Vor diesem Hintergrund müssen wir internationale Polizeieinsätze viel stärker in den Blick nehmen. Diese haben die richtigen Werkzeuge, um organisierter Kriminalität oder Korruption etwas entgegenzusetzen. Dann ist es nicht hilfreich, dass im Haushalt genau dieser Mittelansatz gekürzt wird.

Wir brauchen drittens Steuergerechtigkeit. Entwicklungsländer haben oft eine erschreckend niedrige Steuerquote. Korruption, gesetzliche Lücken und Steueroasen erlauben es den dortigen Eliten, sich ihrer Mitverantwortung für ein gesundes Staatswesen zu entziehen, übrigens genauso wie bei uns an der einen oder anderen Stelle. Entwicklungspolitik muss hier einen Schwerpunkt setzen. Staaten, die über stabile Einnahmequellen verfügen, besitzen mehr Möglichkeiten, ihrer Bevölkerung eine Zukunft im eigenen Land zu bieten.

Wer denkt, ich würde mit dieser Auflistung von Themen abweichen, irrt. Wer glaubt, mit einfachen Lösungen dieser Krise Herr werden zu können, befindet sich auf dem Holzweg. Man muss das eine tun – Bekämpfung der Schleuser, humanitäre Soforthilfe und legale Einwanderungswege – und darf das andere – Staatsaufbau, Schaffung von Lebensperspektiven vor Ort und Gewähr-

- leistung individueller Sicherheit – nicht lassen. Lassen Sie uns für beides arbeiten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Aber die Durchsetzung dieses Anforderungskatalogs wird Geld kosten. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die deutsche ODA-Quote zügig und in klar messbaren Zwischenschritten in Richtung 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts steigen muss. Ich möchte gerade jetzt an Bu Ziel einer zeitnahen Einführung der Finanztransaktionsteuer Abstand zu nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Davon, dass die Einführung verschoben werden sollte, war zu meiner Verwunderung unlängst zu lesen. Aber schließlich war diese Steuer die Gegenleistung für die Zustimmung meiner Fraktion zum Fiskalpakt. Wir brauchen die Finanztransaktionsteuer zügig, nicht irgendwann.

Ich schließe damit und bitte Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Mandat.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Dr. Alexander Neu von der Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN) (D)

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, es ist vielsagend, wenn nur halbherzig über die Fluchtursachen gesprochen wird. Das eine Mal hört man, das „Schleusertum“ sei eine Fluchtursache. Das andere Mal hört man, die unzureichende Finanzierung der Flüchtlingslager sei ein Grund. Zu der Vielzahl der Gründe, die genannt werden, gehört auch die fragile Staatlichkeit. Aber die Gründe für die Fragilität der Staatlichkeit einiger Staaten werden nicht genannt. Es ist kein Zufall, dass die meisten Flüchtlinge, die derzeit nach Europa kommen, aus Syrien, Libyen, Afghanistan, dem Kosovo oder dem Irak kommen. Das hat etwas mit der westlichen Kriegsführung in diesen Ländern zu tun, die dazu dient, die eigenen Interessen durchzusetzen. Das schafft Fragilität.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir hören auch von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen. Ich würde eher sagen: Es sind Armutsflüchtlinge. Die Ursache für deren Flucht liegt darin begründet, dass es Handelsabkommen gibt, die Handelsliberalisierungen vorsehen, die die Wirtschaft in deren Heimat – sei es die Landwirtschaft, sei es die Industrie – vollends kaputt machen. Jüngst wurden EPA verabschiedet, sogenannte neue Handelsabkommen mit Afrika, die erneut einen Armutschub auf dem afrikanischen Kontinent hervorrufen werden und weitere Flüchtlinge produzieren werden.

Dr. Alexander S. Neu

- (A) Deutschland ist Exportvizeweltmeister. Damit exportiert Deutschland aber auch Armut. Die wirklichen Fluchtursachen zu benennen, sehr geehrte Damen und Herren, trauen Sie sich nicht; denn das würde bedeuten, dass wir die Außenpolitik, die Sicherheitspolitik und die Außenwirtschaftspolitik gründlich überdenken müssten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die zur Beratung anstehende Mission EUNAVFOR-MED ist keine Ursachenbekämpfung, noch nicht einmal in Ansätzen. EUNAVFOR MED ist lediglich und ausschließlich Symptombekämpfung. Man hat den Eindruck, sehr geehrte Damen und Herren, dass es unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten günstiger ist, eine Symptombekämpfung vorzunehmen, als das westliche Wirtschaftssystem, den Neoliberalismus, zu einem solidarischen Wirtschaftssystem auf globaler Ebene umzubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir ganz konkret zu EUNAVFOR MED. Laut dem Schreiben des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums vom 14. September an den Bundestag sind die Ziele: erstens Seenotrettung, zweitens Bekämpfung der Schleusernetzwerke. In dem uns nun vorliegenden Antrag der Bundesregierung steht nur noch Schleuserbekämpfung.

(Gabi Weber [SPD]: Quatsch!)

Die Seenotrettung wird gewissermaßen abgetan mit dem Hinweis: Das ist eine völkerrechtliche Verpflichtung; das muss man nicht als Ziel formulieren. – Ich frage: Warum denn nicht? Warum keine Aufwertung der Seenotrettung als Ziel in dem Antrag? Damit würden zumindest durch die Bundesregierung und dann durch den Bundestag das Rückgrat und die Position der Soldatinnen und Soldaten auf den deutschen Schiffen gestärkt. Aber genau das machen Sie nicht. Die Aussagen über Seenotrettung, die in den letzten Wochen in den Vordergrund geschoben wurden, erscheinen vor diesem Hintergrund eher als Propagandatricks.

(B)

(Beifall bei der LINKEN – Gabi Weber [SPD]: So ein Quatsch!)

Die Flüchtlingsrettung ist weder prioritäres Ziel noch überhaupt ein Ziel von EUNAVFOR MED. Dies belegen noch zwei weitere Punkte:

Der Kollege Nouripour hat in der letzten Woche darauf hingewiesen, dass in dem Moment, als das nationale Kommando auf das EU-Kommando übergegangen ist, die Zahl der geretteten Flüchtlinge von 6 000 auf 2 500 gesunken ist. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es gab nicht weniger Flüchtlinge; es gab nur weniger Gerettete. Die Frage ist: Wo sind die Übrigen geblieben? Sind sie ertrunken?

Der zweite Aspekt. Im Begründungsteil des Antrags der Bundesregierung wird auch nicht auf die Seenotrettung verwiesen, sondern es heißt – ich zitiere –:

... Umleitung von Schleuserschiffen im südlichen und zentralen Mittelmeer, seewärts der Küstenmeere der betroffenen Küstenstaaten ...

(C) Eine sehr verquaste Formulierung! Auch ich habe überlegt: Was könnte das heißen? Für mich heißt das letztendlich: Es geht darum, die Schiffe aufs offene Meer Richtung Süden abzurängen, Richtung afrikanischer Kontinent. Sollte diese Interpretation zutreffen, dann wäre das nicht nur ein Skandal, sondern ein Verbrechen an den Menschen, die man auf diese Weise abschiebt.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich fasse zusammen:

Erstens. EUNAVFOR MED ist Symptombekämpfung und kein Beitrag zur Ursachenbekämpfung. Die Flüchtlinge werden auf anderen Wegen nach Europa kommen, wenn die Ursachen nicht bekämpft werden.

Zweitens. EUNAVFOR MED bedient sich einer humanitären Rhetorik, um öffentliche Zustimmung zu gewinnen. Das tatsächliche Ziel ist es, Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu kommen; darin eingeschlossen ist auch die Umleitung der Schiffe zurück in Richtung Afrika.

Drittens. Die Mission EUNAVFOR MED soll in „Sophia“ umbenannt werden. Sophia ist ein Mädchen, das am 24. August auf einer deutschen Fregatte im Mittelmeer geboren wurde. Angesichts dessen, was der wirkliche Zweck dieser Mission ist, finde ich es wirklich pietätlos, diese Mission in „Sophia“ umzubenennen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Ich möchte keine Zweifel aufkommen lassen: Ich kritisiere nicht die Soldatinnen und Soldaten auf den deutschen Schiffen. Im Gegenteil: Ich bin überzeugt: Sie wollen helfen, und sie helfen.

(Niels Annen [SPD]: Hört! Hört!)

Aber ich habe ein Problem mit dem Zynismus der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union im Umgang mit Flüchtlingen. Daher lehnen wir den Antrag der Bundesregierung ab.

Zu dem Entschließungsantrag der Grünen enthalten wir uns. Er zielt darauf ab, dass die Bundeswehr nicht als Teil von EUNAVFOR MED agiert, sondern nationale Flüchtlingsrettung betreibt. Das ist temporär in Ordnung, aber dabei wird vergessen, dass wir zivile Seenotrettungskapazitäten aufbauen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist das, was wir fordern, um auf diese Weise die Bundeswehr aus dem Mittelmeer abziehen.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat Roderich Kiesewetter von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im Parlament heute früh wie auch vorhin während der Menschenrechtsdebatte beeindruckend erlebt, wie sich unser Parlament die Frage der Flüchtlinge im Inland zu Herzen nimmt. In der jetzigen Debatte geht es darum, wie wir als Europäische Union mit der Flüchtlingslage an den europäischen Grenzen umgehen. 22 Mitgliedstaaten der Europäischen Union engagieren sich in der Mission EUNAVFOR MED, diese stellen neun Schiffe und zwölf Luftfahrzeuge zur Verfügung. Das ist ein Zeichen europäischer Solidarität, aber es ist eben auch nur ein Teil der notwendigen Strategie, die wir brauchen.

Herr Dr. Neu, ich weise eindeutig zurück, was Sie hier angesprochen haben. Wenn Sie den Operationsplan genau lesen,

(Halina Wawrzyniak [DIE LINKE]: Habe ich gelesen!)

dann werden Sie feststellen, dass eine Abweisung der Schiffe nicht vorgesehen ist.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch nicht wahr!)

Es kann aber sein, dass Sie den nötigen Annex nicht lesen durften, weil Sie die notwendige Sicherheitsüberprüfung nicht haben. Aber das möchte ich nicht unterstellen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

(B)

Ich möchte das trotzdem sehr ernsthaft aufgreifen. Im Jahr 2003 hat die Europäische Union in ihrer Sicherheitsstrategie gefordert, dass wir in den nächsten Jahren – also ausgehend von 2003 – alles daransetzen müssen, dass in der südlichen Nachbarschaft der Europäischen Union ein Ring gut regierter Staaten entsteht, die stabil sind und mit denen wir vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist uns nicht gelungen. Wir müssen deshalb unsere außen- und entwicklungspolitischen Strategien deutlich besser aufeinander abstimmen.

Ein Ansatz ist die Mission EUNAVFOR MED, bei der es in der ersten Phase um die Aufklärung der Schleppernetzwerke ging, und bei der es jetzt darum geht, die Schlepperboote und das Netzwerk der Beobachter der Schlepper auf dem Mittelmeer auszuheben. Das kann aber nur ein allererster Schritt sein. Wir müssen deshalb alles daransetzen, zusammen mit dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen León und auch mit seinem Nachfolger als EU-Sonderbeauftragter zu erreichen, dass in Libyen eine Einheitsregierung entsteht. Die Bundesrepublik Deutschland, aber auch Marokko haben wesentliche Verdienste daran, dass die beiden Parteien in Tripolis und in Bengasi bereits miteinander sprechen, und wir hoffen, dass das Ziel bis zum Jahresende erreicht ist.

Das, was wir mit dem Festsetzen der Schlepperboote machen, ist ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir müssen natürlich auch in den libyschen Hoheitsgewässern agieren können, und wir sollten das, was die Euro-

päische Union im Jahr 2013 begonnen hat, fortsetzen, nämlich eine Grenzsicherungsmission nach dem Vorbild der Mission EUBAM, also eine zivil organisierte Grenzsicherungsunterstützungsmission, etablieren, die die Grenzen Libyens unterstützt. Warum ist das nötig? In Libyen sind etwa 1 Million Menschen in Flüchtlingslagern. Es hilft uns wenig, wenn wir immer nur die Flüchtlinge aufnehmen, die den harten Weg über das Mittelmeer wagen. Wir müssen neben der Fluchtursachenbekämpfung – ich komme nachher darauf zurück – im nördlichen Afrika Einrichtungen schaffen, in denen die Flüchtlinge sichere Aufenthaltsorte bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das bekommen wir eben nur hin, wenn wir das Mandat der libyschen Regierung erhalten, auch an Land aktiv zu werden. Ich denke, dass dies im Rahmen einer GASP-/GSVP-Polizeimission durchaus leistbar ist.

Ich möchte dafür werben, dass wir alles daransetzen, auch unserer Öffentlichkeit zu erklären, dass wir die Ursachenbekämpfung angehen, aber auch die ärgste Not lindern müssen, indem wir die Flüchtlinge aus den Schlepperbooten befreien und auf den Boden der Europäischen Union bringen. Das steht auch eindeutig so im Operationsplan.

Ein letzter Punkt, der mir am Herzen liegt, ist unser Umgang mit Afrika. Wir werden im November wieder einen gemeinsamen Gipfel der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union auf Malta haben. Kernpunkt dieses Treffens werden folgende Fragen sein: Wie schaffen wir in der Subsahara gute, sichere Zonen? Wie bekämpfen wir dort Flüchtlingsursachen? Und – das sollte das Thema der Europäischen Union sein –: Wie befähigen wir die Afrikanische Union, auf ihrem Kontinent Verantwortung wahrzunehmen, gute Regierungsführung durchzusetzen und – mindestens genauso wichtig – für die Flüchtlinge gute Lebensbedingungen in den jeweiligen Flüchtlingseinrichtungen zu schaffen? Denn dort – das zu sagen, gehört zur Ehrlichkeit dazu – werden wir uns wesentlich deutlicher engagieren müssen.

Es geht auch um die Unterbindung von Terrornetzwerken, denen in Libyen Tür und Tor geöffnet wurde. Es geht auch darum, dass wir die Ausbreitung von Waffen und von Proliferation, aber auch von ausgebildeten Terroristen eindämmen. Das bedeutet eben, dass wir neben entwicklungspolitischer Zusammenarbeit und außenpolitischen Strategien auch eine gewisse polizeiliche und militärische Begleitung brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir nehmen aber auch sehr ernst, was die Nachbarstaaten sagen. Wir hatten gestern eine Delegation der tunesischen Regierungspartei Nida Tunis zu Besuch bei uns. Von deren Seite wurde die Sorge geäußert, dass sich der Einsatz von EUNAVFOR MED möglicherweise, auch unbeabsichtigt, gegen Fischerboote richten kann. Wir müssen also auch die Betroffenheit der Nachbarländer ernst nehmen. Wir wissen, dass in dem Operationsplan, der letztlich vom Einsatzhauptquartier auf dem italienischen Flaggschiff sowie vom Operationshauptquartier in Rom aus umgesetzt wird, sehr sensibel auf diese Be-

(C)**(D)**

Roderich Kiesewetter

- (A) dungen eingegangen wird und die teilnehmenden Soldaten auch in diese Richtung sensibilisiert werden.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Diese Mission ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist aber ein notwendiger Schritt, um das Schleppernetzwerk lahmzulegen. Viel wichtiger ist, dass wir eine gemeinsame Afrikastrategie entwickeln und auch als Parlament ein deutliches Zeichen der Unterstützung an die eingesetzten Soldatinnen und Soldaten und an die Entwicklungshelfer im nördlichen Afrika senden. Wir wollen einen ganzheitlichen Einsatz. Alle müssen zusammenarbeiten. Wir als CDU/CSU-Fraktion unterstützen diese Mission deshalb.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Bevor Agnieszka Brugger vom Bündnis 90/Die Grünen als nächste Rednerin das Wort hat, habe ich eine Kurzintervention zugesagt. Herr Dr. Neu hat die Möglichkeit zu einer Kurzintervention.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Frau Dağdelen war es! – Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Warum das denn? Warum denn Frau Dağdelen?)

– Okay, Frau Dağdelen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

- (B) Danke, Frau Präsidentin. – Ich habe mich hier gemeldet, weil ich mich auch angesprochen fühle

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

von den Ausführungen in der Rede des Kollegen Kiesewetter zu den Möglichkeiten für Abgeordnete, überhaupt Einsicht und Einblick in den Operationsplan zu nehmen.

(Niels Annen [SPD]: Das ist ein Unterschied: Einsicht und Einblick!)

Es ist natürlich ein schlechter Witz, zu sagen, dass der Abgeordnetenkollege Herr Neu nicht die notwendige Sicherheitsüberprüfung bestanden hätte, um den Annex dieses Operationsplans zu lesen.

Ich möchte hier zwei Punkte erwähnen, und ich glaube, ich spreche hier für viele Abgeordnete, die überhaupt keinen Einblick in diesen Operationsplan haben:

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Erstens. Nur die Abgeordneten, die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses sind, haben seit Freitag, faktisch aber erst seit diesem Montag, Zugang zu dem Operationsplan, über den hier heute der gesamte Bundestag entscheiden soll.

(Zuruf von der LINKEN: Skandal!)

Ich finde diesen Umgang unparlamentarisch.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, die Bundesregierung tritt die parlamentarischen Rechte des Bundestages hier mit Füßen. Warum? Weil dieser Operationsplan für die Mitglieder des Deutschen Bundestages seit Montag für nur maximal eine halbe Stunde in der Geheimschutzstelle zum Lesen zur Verfügung gestellt wird. Dieser Operationsplan umfasst aber 677 Seiten in englischer Sprache, Frau Präsidentin.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, so etwas! In Englisch!)

– Nicht jeder Abgeordnete, Herr Trittin, kann fließend Englisch sprechen und auch lesen. Das sollte man hier schon ernst nehmen. – Ich finde, dieser Umgang ist nicht akzeptabel, weil so die Mehrheit der Abgeordneten dieses Hauses keinen blassen Schimmer hat, über was er oder sie hier gleich abstimmt und was Grundlage für diesen Bundeswehreinsatz ist.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Tatsache ist auch, dass die Bundesregierung einen offenen Rechtsbruch begangen hat, weil sie den Beschluss des EU-Rates zur Phase 2 dieser Militärmission dem Bundestag – auch laut Referat PE 3 des Deutschen Bundestages – nicht ordnungsgemäß zur Verfügung stellt und zugeleitet hat.

Ich finde, wer sich in diesem Hohen Haus als Abgeordneter ernst nimmt, kann diesem Mandat nicht zustimmen, weil er überhaupt keine Ahnung hat, was in diesem Operationsplan steht.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Dann darf man aber auch nicht mit Nein stimmen!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Herr Kiesewetter, Sie haben die Möglichkeit zur Erwiderung.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Dağdelen, nur einige kurze Anmerkungen.

Erstens. Die Globalisierung darf auch vor der Fraktion Die Linke keinen Halt machen.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Oh mein Gott!)

Ein bisschen polyglott zu sein, hilft.

Zweitens. Unparlamentarisch ist eher Ihr Antrag. Sie zeigen keinerlei Alternativen auf, wie Sie mit den Flüchtlingen und der Flüchtlingsnot umgehen wollen.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Zur Sache!)

Sie sagen immer nur, was nicht geht. Sie hören jetzt nicht einmal zu.

Letzter Punkt. Wir hatten Gelegenheit, in den Operationsplan zu schauen. Operationspläne sind, wie Sie wissen, immer gleich aufgebaut. Sie finden immer an den gleichen Stellen die notwendigen Punkte. Ich empfehle

Roderich Kiesewetter

- (A) Ihnen, sich künftig etwas mehr Zeit zu nehmen und eine Übersetzung zu Hilfe zu nehmen.

(Zuruf von der LINKEN: Unverschämtheit!)

Ich finde es bedauerlich, dass Ih – und das ist ziemlich unparlamentarisch – keinerlei Alternativen aufzeigt im Gegensatz zu dem Antrag der Grünen oder dem Antrag der Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt Blauhelm-Brugger!)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Jetzt hat die Rednerin Agnieszka Brugger das Wort.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde meine Rede gerne mit einem Zitat beginnen: „Die Zerstörung von Booten ist nicht angemessen. Das ist kein guter Ansatz“. – Diese Aussage stammt nicht aus der letzten Bundestagsdebatte von uns Grünen oder den Linken. Wissen Sie, wer so die Pläne der Europäischen Union zur militärischen Bekämpfung von Schleppern kritisiert hat? Es war der Generalsekretär der Vereinten Nationen, es war Ban Ki-moon. Und er hat recht mit seiner Kritik.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das Mandat, das uns die Bundesregierung heute vorlegt, ist nicht nur gefährlich, sondern auch eine völlig falsche und zynische Antwort auf die Dramen im Mittelmeer.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Um es ganz klar vorab zu sagen – und kommen Sie ja nicht auf die Idee, uns etwas anderes zu unterstellen –: Wir sind den Soldatinnen und Soldaten der Deutschen Marine zutiefst dankbar für jeden der über 7 000 Menschen, die in den vergangenen Monaten im Mittelmeer gerettet wurden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ebenso muss man hier aber auch den wertvollen Dienst der zivilen Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen oder des Projektes Sea-Watch erwähnen, die dort eingesprungen sind, wo die europäischen Mitgliedstaaten versagt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Zahlen zur Seenotrettung muss man sich aber wirklich genau anschauen; denn dort gibt es einen Bruch. Als die Schiffe zunächst unter nationalem Kommando unterwegs waren, haben sie in kürzerer Zeit mehr als doppelt so viele Menschen gerettet als in einem längeren Zeitraum nach der Unterstellung

unter die europäische Mission. Das ist auch einfach zu erklären: Hier wurden sie nämlich vor allem zu Aufklärungszwecken eingesetzt. Gleichzeitig gibt es unter den europäischen Mitgliedstaaten in Bezug auf die Mission die Diskussion, dass man Flüchtlinge abschrecken müsse und dass man nicht durch zu viel Rettung unerwünschte Pull-Effekte, also falsche Anreize – ich finde ohnehin, das ist ein schreckliches Wort in der Flüchtlingsdebatte –, erzeugen solle.

Wenn der Außenminister Frank-Walter Steinmeier und die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in ihren öffentlichen Statements für die Mission vor allem mit der Seenotrettung werben, kann ich nur entgegnen: Sie verschleiern die Realität und die Wahrheit; denn das ist nicht Priorität dieser Mission. Man muss auch sagen, Frau von der Leyen, Herr Steinmeier: Hören Sie mit dieser Augenwischerei auf, und sorgen Sie stattdessen dafür, dass die Seenotrettung wieder die alleroberste Priorität bekommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, dieser Militäreinsatz birgt aber auch Risiken für die Flüchtlinge und die Soldatinnen und Soldaten. Heute geht es um die zweite Phase dieser Mission, grob gesagt darum, dass man auch gegen Widerstand in internationalen Gewässern an Bord von Schiffen gehen kann, um Schlepper festzunehmen. Natürlich gibt es das Risiko der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen militärischen Kräften und Schleppern. Und das gefährdet die Flüchtlinge.

Noch riskanter und gefährlicher ist aber die Phase 3, die die Bundesregierung als nächsten Schritt plant und mit Hochdruck vorantreibt. Sie wollen am libyschen Festland und in libyschen Küstengewässern gezielt gegen die Infrastruktur der Schlepper vorgehen. Das wollen sie in einem Land machen, in dem die Lage völlig unübersichtlich ist; klar ist da nur, dass die Schlepper keine Kleinkriminellen sind, sondern mit dschihadistischen Gruppen verbunden sind und gut ausgerüstete Netzwerke der organisierten Kriminalität darstellen. Wir können die Bundesregierung an dieser Stelle nur auffordern, dieses Spiel mit dem Feuer zu stoppen und die Phase 3 nicht in Kraft treten zu lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Stefan Liebich [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, mit diesem Mandat wird heute die Ermächtigung erteilt, dass die Mission Flüchtlingsboote – Herr Kollege Kiesewetter, hier müssen Sie gar nicht in den geheimen Operationsplan schauen, sondern in das Mandat der Bundesregierung – „seewärts der Küstenmeere der betroffenen Küstenstaaten“ umleiten kann und soll. Das heißt im Klartext: zurück an die afrikanische Küste.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Genau! Das ist der Punkt!)

Wir haben den Operationsplan gelesen. Ich muss sagen: Entweder haben Sie ihn nicht gelesen, Herr Kollege

Agnieszka Brugger

- (A) Kiese Wetter, oder Sie behaupten hier mit Absicht die Unwahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Im Operationsplan findet sich keine Antwort darauf – und die Bundesregierung hat auch keine –, mit welchen Mitteln und unter welchen Umständen diese Umleitung funktionieren kann, ohne dabei zentrale menschenrechtliche Standards zu verletzen; denn es ist verboten, Flüchtlinge auf hoher See zurückzudrängen. Meine Damen und Herren, dieses Abdrängen von Flüchtlingsbooten lehnen wir Grüne ganz klar ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben all diesen hochproblematischen Aspekten haben wir eine ganz fundamentale Kritik an Ihren Plänen zur militärischen Flüchtlingsabwehr; so muss man dieses Mandat ja bezeichnen. Ich möchte vorab betonen: Natürlich sind die Schlepper grausame Menschen, die ein schlimmes Geschäft mit dem Leid der Flüchtlinge betreiben. Dagegen müssen wir etwas tun. Aber statt eine Mission auf den Weg zu bringen, die einerseits riskant ist, aber andererseits ihre Ziele nicht erreichen wird, gibt es einen sicheren und effektiveren Weg, den Schleppern die Geschäftsgrundlage zu entziehen, nämlich endlich legale und sichere Einwanderungswege nach Europa zu schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(B)

Doch da tut die Bundesregierung nichts. Ich finde, auch das spricht Bände.

Es ist doch eine Schande, dass die europäischen Mitgliedstaaten so viel Geld, so viel Personal und so viele technische Kapazitäten für einen solch falschen Einsatz auf den Weg bringen, aber dem Sterben im Mittelmeer viel zu lange tatenlos zugeschaut haben und die Seenotrettungsmission Mare Nostrum eingestellt werden musste, weil man nicht genug Geld dafür zur Verfügung gestellt hatte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir Grüne werden dieses Mandat, das am Ende vor allem eine Grenze um Europa im Mittelmeer hochzieht, ablehnen. Wir Grüne wollen den Schutz der Flüchtlinge. Wir wollen legale und sichere Einwanderungswege und vor allem endlich eine engagierte und effektive Seenotrettung.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Julia Obermeier von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Julia Obermeier (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was macht den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiv? Unternehmer antworten mir darauf: Man kann sich in Deutschland darauf verlassen, dass von der Müllabfuhr bis zum Rechtsstaat alles funktioniert. Recht und Ordnung, meine Damen und Herren, sind der Rahmen, aus dem unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unser Wohlstand entspringen. Entsprechend haben wir überall dort in Europa Probleme, wo Recht und Ordnung untergraben werden, zum Beispiel in Griechenland durch massenhafte Korruption und Steuerhinterziehung.

Unsere größte Herausforderung in Europa sind aber nicht die Schulden, sondern der ungebremste Zustrom von Migranten und Flüchtlingen. Am Münchener Hauptbahnhof haben wir gesehen, wie ob der schiereren Masse an Menschen Recht und Ordnung außer Kraft gesetzt wurden.

(Zuruf des Abg. Norbert Müller (Potsdam)
[DIE LINKE])

Wenn jeden Tag 10 000 in Bayern ankommen, dann ist das auf Dauer nicht mehr zu schaffen.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Das ist AfD-Slang!)

Hunderttausende Menschen, Migranten und Asylbewerber, tingeln quer durch Europa,

(Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach so! Die „tingeln“ einfach herum!)

(D)

ohne dass eine Registrierung oder gar eine Sicherheitsüberprüfung stattgefunden hat. Allein in Deutschland sind das 290 000 Personen. Meine Damen und Herren, das ist ein Sicherheitsrisiko, das wir nicht länger hinnehmen können.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Sie reden wie die NPD!)

Neben der Wiedereinführung der Grenzkontrollen und dem umfassenden innenpolitischen Maßnahmenpaket, das wir heute Morgen hier beraten haben, gilt es nun, europäische Lösungen für dieses europäische Problem zu finden.

Wie so oft sind wir uns in Europa nicht in allen Punkten einig. Das haben wir diese Woche bei der Sitzung des Europarates in Straßburg wieder deutlich gesehen. Worin wir uns in der Europäischen Union aber sehr einig sind, ist, dass wir in einer gemeinsamen Militärmission im Mittelmeer für Recht und Ordnung sorgen wollen.

(Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für Recht und Ordnung!)

Heute entscheiden kriminelle Schleuser, wer zu uns nach Europa kommt. Das wollen, das müssen wir ändern.

Seit Januar 2015 sind eine halbe Million Migranten und Flüchtlinge mithilfe von Schleuserbanden über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Pro Platz auf einem Boot verlangen die Schleuser 600 bis 5 000 Euro. Auf diesem Weg haben sie in den letzten 15 Jahren 16 Mil-

Julia Obermeier

- (A) liarden Euro eingenommen. Und sie betreiben ihr Geschäft ohne Rücksicht auf Verluste.

Jene, die auf der Suche nach Frieden, Recht und Wohlstand den Weg nach Europa antreten, werden wie Vieh in teils seeuntaugliche Boote geprügelt. Familien werden dabei auseinandergerissen, und so manches Kind, das auf der Überfahrt zu laut weinte, wurde von den Schleusern einfach über Bord geworfen. Diese Schleuser sind also keine heldenhaften Fluchthelfer, sondern skrupellose Kriminelle.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Jahr bezahlten bereits 3 000 Menschen ihre Reise nach Europa mit dem Tod.

(Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die anderen „tingeln“ herum!)

Deshalb ist seit Mai 2015 die Bundeswehr im Mittelmeer an der Seenotrettung beteiligt und hat dabei über 8 000 Menschen geholfen. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Einsatzkräften an Bord der Fregatte „Schleswig-Holstein“ und des Tenders „Werra“ sowie zuvor der Fregatte „Hessen“ und des Versorgers „Berlin“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

22 Mitgliedstaaten beteiligen sich an EUNAVFOR MED. Italien ist hier als Rahmennation tätig, Deutschland ist zweitgrößter Truppensteller. Bis zu 950 deutsche Soldatinnen und Soldaten werden dort im Einsatz sein. Sie werden nun aber nicht mehr nur Seenotrettung betreiben, sondern wir gehen in dieser Phase der Mission den nächsten Schritt: Wir werden den kriminellen Schleusern das Handwerk legen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dazu wollen wir die Netzwerke der Schleuser aufdecken, auch auf hoher See Boote beschlagnahmen, bevor sie zum Menschenhandel und Menschenschmuggel eingesetzt werden, und wir wollen die ertappten Schleuser auch strafrechtlich belangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Mandat: Für Recht und Ordnung auf dem Mittelmeer.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch zwei Redner in dieser Debatte. Ich bin sicher, es wird Ihnen gelingen, Ihre Gespräche für die Redezeit dieser zwei Redner zu unterbrechen. Dann, wenn wir abstimmen, können Sie so laut miteinander reden, wie Sie wollen, und danach geht es dann bitte wieder leise weiter.

Jetzt hat Herr Lars Klingbeil von der SPD-Fraktion das Wort. (C)

(Beifall bei der SPD)

Lars Klingbeil (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Debatten des heutigen Tages anschaut, dann sieht man, wie schwer wir uns an vielen Stellen tun, mit den Herausforderungen der Flüchtlingskrise umzugehen. Das ist zweifelsohne eine schwere Situation. Wenn die Kanzlerin sagt: „Wir schaffen das“, dann haben wir als Parlament gemeinsam die Verantwortung, den Menschen zu erklären, wie wir das schaffen und welche Maßnahmen wir unternehmen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Politik muss Antworten geben, und wir sehen allein an dieser Debatte, dass es nicht immer einfach ist, Antworten zu geben. Ich glaube auch, dass viele Antworten viel komplexer sind, als manche Debattenredner es hier darstellen.

Ich will am Beginn meiner Rede auch den vielen Menschen danken, die sich in Deutschland hauptamtlich und ehrenamtlich um Flüchtlinge kümmern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich habe es selbst in meinem Wahlkreis erleben können, als innerhalb weniger Stunden eine Notunterkunft für 1 400 Flüchtlinge aufgebaut werden musste. Dort waren es DRK, DLRG, Johanniter, Feuerwehren, viele Ehrenamtliche, aber auch die Bundeswehr, die gemeinsam dafür gesorgt haben, dass Flüchtlinge in Niedersachsen ein Zuhause bekommen haben. (D)

Der Dank gilt ganz explizit der Bundeswehr, die jetzt schon im Mittelmeer auf der Fregatte „Schleswig-Holstein“ und dem Tender „Werra“ unterwegs ist und bei der Seenotrettung schon über 8 000 Menschenleben gerettet hat. Ich denke, den Soldatinnen und Soldaten gebührt ein großer Dank aus diesem Haus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, dass in der heutigen Debatte Widersprüche aufgemacht werden, die keine sind. Es geht nicht um die Frage, ob wir Seenotrettung oder Bekämpfung der Schlepperbanden wollen.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau darum geht es!)

Wir wollen beides. Ich sage auch ganz klar: Das Mandat beinhaltet beides. Es geht nicht darum, die Seenotrettung einzugrenzen, zu beschränken oder abzuschaffen. Nein, die Seenotrettung gehört zu diesem Mandat, und sie wird weiter stattfinden. Dafür sind unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz im Mittelmeer, und sie werden sich weiter darum kümmern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lars Klingbeil

- (A) Es wird hier behauptet, es soll zukünftig darum gehen, dass die Boote der Schlepper versenkt werden. Ich sage: Das steht nicht in dem Mandat, über das wir heute abstimmen. Es geht darum, dass die Netzwerke identifiziert werden sollen. Es geht darum, dass Schlepper identifiziert werden sollen, dass sie erkennungsdienstlich behandelt werden sollen, dass die Routen erkannt werden und dass Boote beschlagnahmt werden können. Aber es geht nicht darum, sie zu zerstören. Sie sollten schon deutlich sagen, worum es bei diesem Mandat geht. Es geht darum, ein Geschäftsmodell zu zerstören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil es vorhin vom Kollegen Neu von der Linken angesprochen wurde: Niemand hat behauptet, dass mit diesem Mandat die Fluchtursachen bekämpft werden sollen. Darum geht es gar nicht. Wenn man sich anschaut, was wir als Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung sonst noch unternehmen, dann finde ich es töricht, wenn man behauptet, wir würden uns nicht um die Bekämpfung der Fluchtursachen kümmern. Ich will Ihnen das deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Schauen Sie sich allein an, was Außenminister Steinmeier im Rahmen der G 7 erreicht hat: Die Mittel für das Welternährungsprogramm und den UNHCR werden um 1,6 Milliarden Euro erhöht. Das ist Fluchtursachenbekämpfung. Darum kümmert sich unser Außenminister. Ich finde, wir alle können ihm an dieser Stelle für das, was er erreicht hat, wirklich dankbar sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen uns darum kümmern, dass legale Wege nach Deutschland ermöglicht werden. Ich sage hier ganz klar: Meine Fraktion, die SPD, setzt sich dafür ein, dass wir in Deutschland ein Einwanderungsgesetz bekommen, das den Menschen zeigt, wie sie nach Deutschland kommen können. Ich würde mir wünschen, dass sich auch andere Fraktionen hier im Parlament bewegen, damit wir schnell ein solches wichtiges Einwanderungsgesetz bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich am Ende Folgendes sagen: Wenn ich hier in der Debatte vonseiten der Linkspartei höre, wie neoliberale Interessen unterstellt werden, wie skizziert wird, dass man anscheinend mit Freude militärisch vorgeht, dann kann ich nur sagen: Herr Kollege Dr. Neu, Sie zeichnen ein Bild von Deutschland, das nicht der Realität entspricht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Ach so?)

Gucken Sie sich doch einmal an, was die internationale Presse schreibt.

(C) Ich war vor wenigen Tagen in den USA und habe mich dort mit Vertretern der größten muslimischen Gemeinde unterhalten. Ich kann Ihnen sagen: Es ist Dankbarkeit zu spüren, dass wir den Menschen den Weg nach Deutschland ermöglichen, dass wir den Menschen Schutz geben in Deutschland. Wenn Sie das nicht weiter ignorieren würden, würde Ihr Deutschlandbild zurechtgerückt werden. Sie zeichnen hier im Parlament ein falsches Bild von Deutschland. Das hat nichts mit der Realität zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich fasse zusammen: Wir werden dem Mandat zustimmen. Ein Allheilmittel sehen wir darin nicht. Es wird viele andere Aufgaben geben, die wir als Parlament bewältigen müssen. Das Mandat, über das wir heute abstimmen, ist ein wichtiges Mosaiksteinchen bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Michael Vietz für CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Michael Vietz (CDU/CSU):

(D) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Entgegen dem hier manchmal gezeichneten Bild: Es ist weder den Koalitionsfraktionen noch der Bundesregierung egal, ob ein Massensterben im Mittelmeer stattfindet. Ebenso ist es uns nicht egal, ob ein Risiko für Leib und Leben von Flüchtlingen besteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das war einer der Auslöser für die Mission EUNAVFOR MED als gemeinsame Operation der Europäischen Union. Hier beobachten unsere Einsatzkräfte Tag für Tag, wie skrupellose Schlepper ihrem Geschäft nachgehen und aus der Not ihrer Opfer Profit schlagen.

Ich danke an dieser Stelle allen beteiligten Kräften der EUNAVFOR MED – seien es deutsche, seien es europäische – für ihren Einsatz. Seit Beginn der Mission konnten wir bis vergangene Woche über 8 000 gerettete Seelen zählen. Am letzten Wochenende hat allein unser Tender „Werra“ weitere 140 Menschen aus Seenot gerettet.

Nüchterne Zahlen sind das eine. Hinter jeder Zahl steht ein Schicksal. Ich erinnere – allerdings aus anderem Anlass als Kollege Neu – hier ganz besonders an den Stabsarzt und an den Heizer unserer Fregatte „Schleswig-Holstein“. Sie waren am 24. August im Einsatz und halfen der kleinen Sophia an Bord eines Kriegsschiffes, das Licht der Welt zu erblicken. Sophia steht in diesem Kontext für Hoffnung und Leben, und auch dafür steht EUNAVFOR MED.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Oh Gott! – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Das ist zynisch!)

Michael Vietz

- (A) Ich begrüße daher ganz im Gegensatz zum Kollegen Neu den Vorschlag von Federica Mogherini, die Mission in „Sophia“ umzutaufen. Denn darum geht es auch: Wir retten Leben.

Phase 1 von EUNAVFOR MED beschränkte sich zunächst auf die humanitäre Seenotrettung und die Aufklärung von Schleppernetzwerken im Mittelmeer. Der Übergang zu Phase 2 i) bedeutet nun, nach der Informationsgewinnung gezielt gegen die Schlepper vorzugehen. Schlepperboote können auf hoher See aufgebracht und beschlagnahmt werden. Sie können mitnichten nach Afrika, sondern werden nach Italien gebracht werden, wo aufgeklärt werden kann.

Selbstverständlich ist das im Wesentlichen die Bekämpfung von Symptomen des seit Jahren fließenden Flüchtlingsstroms; es auch hat nie jemand etwas anderes behauptet. Aber auch diese Aufgabe muss erledigt werden. Danach können wir weitere Schritte planen und einen Übergang zu den weiteren Phasen in Betracht ziehen. Nur, darum geht es heute, hier und jetzt nicht.

Ich hoffe ausdrücklich, dass die positiven Signale aus Libyen, dass eine Einheitsregierung gebildet werden könnte, sich bestätigen. Für die Stabilität des Landes und die Zukunft seiner Bürger ist dies wichtig. Es liegt auch im Interesse der Flüchtlinge und von uns allen, damit diese lebensgefährlichen Schlepperfahrten ihre Ausgangsbasis verlieren.

- (B) Die Flüchtlingskrise stellt uns vor innen-, europa- und außenpolitische Herausforderungen. Zum einen geht es um die Bewältigung ihrer Auswirkungen hier bei uns, zum anderen um die Bekämpfung der Fluchtursachen. Daneben geht es aber auch – das sollten wir nicht vergessen – um die Situation in den Transitländern, und damit geht es darum, wie wir den Schleppern ihre menschenverachtende Arbeit unmöglich machen.

Über die innenpolitischen Notwendigkeiten haben wir heute Vormittag debattiert. Über die außenpolitischen Notwendigkeiten, wie zum Beispiel unsere Unterstützung für UNHCR und das Welternährungsprogramm, sprechen wir in den Haushaltsberatungen. Die Erhöhung der Flüchtlingshilfe durch die G 7 und die Golfstaaten ist hier schon ein positives Signal. Wir müssen den Menschen vor Ort Hoffnung und Perspektiven bieten, damit sie sich nicht auf diesen lebensgefährlichen Weg machen.

Es geht dabei um eine vernetzte Gesamtstrategie, die sowohl die Herkunfts- und Nachbarländer als auch die Schlepperorganisationen gezielt ins Visier nimmt. Wir wollen den Schleppern ihr Millionengeschäft schlichtweg ausdrücklich vermiesen, und dafür dient auch EUNAVFOR MED.

Phase 1 der Mission hat wesentliche Erkenntnisse darüber erbracht, wie unterschiedlich die Schlepper agieren. Die gewonnenen Informationen bereiten nun den Weg für die Phase 2 i). Worüber wir also heute sprechen, ist: die gewonnenen Erkenntnisse gezielt nutzen, konsequent handeln. Es kann und darf nicht sein, dass zum Beispiel Schlepper vor den Augen unserer Einsatzkräfte ihre Boo-

te wieder einsammeln, um sie erneut mit Flüchtlingen vollzustopfen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei ist und bleibt die Seenotrettung selbstverständlich Dreh- und Angelpunkt der Mission.

Unsere Männer und Frauen der Marine kommen bei diesen Einsätzen im Mittelmeer tagtäglich an ihre Belastungsgrenzen. Sie verdienen nicht nur unseren Dank und unsere Anerkennung; sie verdienen zudem, dass dieses Hohe Haus geschlossen hinter ihnen steht. Daher bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der Bundesregierung: Stimmen Sie für EUNAVFOR MED! Stimmen Sie für „Sophia“!

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, erst einmal Platz zu nehmen und auch den Geräuschpegel so weit herunterzufahren, dass wir eine gleich folgende Erklärung zur Abstimmung nach § 31 der Geschäftsordnung auch zur Kenntnis nehmen können.

Mir liegen schriftliche Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung der Kollegin Dr. Nina Scheer, der Kollegin Sevim Dağdelen, der Kollegin Heike Hänsel u des Kollegen Alexander Neu vor. Entsprechend unseren Regeln nehmen wir diese zu Protokoll.¹⁾ (D)

Es liegt mir außerdem eine Meldung des Kollegen Rüdiger Veit zu einer Erklärung zur Abstimmung vor. Ich gebe ihm aber erst dann das Wort, wenn es im Plenum auch die notwendige Aufmerksamkeit gibt. – Ich bitte tatsächlich alle Kolleginnen und Kollegen, sich in den Reihen ihrer Fraktion oder in den Reihen einer anderen Fraktion, sollten sie dort Gastrecht genießen, einen Platz zu suchen. Ich bitte vor allen Dingen, die lauten Gespräche einzustellen.

Sollte es sich noch nicht herumgesprochen haben: Wir kommen noch nicht zur Abstimmung.

(Zuruf von der LINKEN: Mein Gott, setzt euch doch mal dahinten!)

Vor allen Dingen bitte ich jetzt, den Geräuschpegel tatsächlich herunterzufahren. – Vielleicht können sowohl die Kollegen der SPD als auch der Union ihren Kollegen dort hinten einen Hinweis geben, die Gespräche einzustellen oder nach draußen zu verlagern.

Zu einer Erklärung nach § 31 unserer Geschäftsordnung hat nun der Kollege Rüdiger Veit das Wort.

Rüdiger Veit (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie für das notwendige Maß an Aufmerksamkeit gesorgt

¹⁾ Anlagen 2 und 3

Rüdiger Veit

- (A) haben. Es wird – da kann ich alle beruhigen – sehr kurz werden.

Mir persönlich – ich erkläre das zugleich im Namen meines Kollegen Christoph Strässer – fehlt jede Zuversicht – ja, uns fehlt sogar der Glaube –, dass die hier in Rede stehende Maßnahme ein sinnvoller Beitrag zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber da wir der Auffassung sind, dass nichts, buchstäblich nichts unversucht gelassen werden sollte, um diesem menschenverachtenden, verbrecherischen Treiben Einhalt zu gebieten, stimmen wir zu, um diese Chance nicht zu verbauen. Das wollte ich hierzu erklärt haben.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-Operation EUNAVFOR MED als ein Teil der Gesamtinitiative der EU zur Unterbindung des Geschäftsmodells der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen und zentralen Mittelmeer. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/6189, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 18/6013 anzunehmen. Wir stimmen über die Beschlussempfehlung namentlich ab.

(B)

Bevor ich die Abstimmung eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in circa 40 Minuten zwei weitere namentliche Abstimmungen durchführen werden.

Sind alle Schriftführerinnen und Schriftführer am vorgesehenen Platz? – Ich eröffne die Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Dann bitte ich, das jetzt zu vollziehen. Im Übrigen mache ich darauf aufmerksam, dass wir unter diesem Tagesordnungspunkt noch weitere Abstimmungen vornehmen. Es wäre sicherlich hilfreich für uns hier vorn, wenn diejenigen, die an den weiteren Verhandlungen teilnehmen, Platz nehmen, sodass wir die Abstimmungsergebnisse zweifelsfrei feststellen und zur Kenntnis nehmen können.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Ich wiederhole meine Bitte, dass all diejenigen, die an den weiteren Verhandlungen und insbesondere an den Abstimmungen, die jetzt noch anstehen, teilhaben wollen, sich in die Reihen der Fraktionen begeben. Ich

- bitte die Mitglieder der Bundesregierung, gegebenenfalls ihren Platz auf der Regierungsbank einzunehmen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/6207. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke abgelehnt worden.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/6208. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke abgelehnt worden.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 7:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Sanktionen bei Hartz IV und Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abschaffen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Beate Müller-Gemmeke, Markus Kurth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Existenzminimum und Teilhabe sicherstellen – Sanktionsmoratorium jetzt

Drucksachen 18/1115, 18/3549, 18/1963, 18/6128

Zu der Beschlussempfehlung werden wir später zwei namentliche Abstimmungen durchführen. Ich bitte, den Kolleginnen und Kollegen, die rechts von mir noch im Gang stehen, zu übermitteln, dass diese Abstimmungen erst nach der Debatte durchgeführt werden. Sie müssen also nicht hier in Bereitschaft stehen bleiben.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Dagmar Schmidt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

¹⁾ Ergebnis Seite 12346